

tigen Politik äußerst kontrovers diskutiert: Würde dieser pragmatische Ansatz nicht die Politiker ihrer Verantwortung entledigen? Sei nicht beides notwendig - "Routinearbeit" und spektakuläre Aktionen? Dürfe man Menschenrechts- und Wirtschaftsfragen trennen, so wie die USA dies tun? Überschätzte die Betonung spektakulärer Aktionen nicht den Einfluß des Westens? Gehe es nicht letztlich um die unverzichtbare Durchsetzung internationaler Rechtsprinzipien, zu denen sich auch die VRCh bekannt habe? Repräsentiere die kleine Gruppe der Dissidenten nicht ein Grundproblem der chinesischen Politik? Natürlich sei es wichtig, für die Dissidenten einzutreten, so präziserte Heilmann am Ende der Diskussion, aber wenn man z.B. auf unterster Ebene einen Gefängnisdirektor überzeugen könne, sein Personal zu disziplinieren, könne man die Situation für 1000 Gefangene verbessern.

Der letzte Komplex ("China and the World: Setting the Agenda for the 21st Century") wurde von Volker Stanzel, Außenpolitischer Berater der SPD, Robert Sutter, Congressional Research Service, Washington D.C., Ian Barber, European Commission, Brüssel, und Jia Qingguo, Beijing Universität, bestritten. Prof. Jia, der in seinen vorhergehenden Beiträgen bereits in differenzierter Weise auf die chinesische Politik eingegangen war, plädierte als Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zur VR China für eine Politik der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts. Auch wenn es um Hilfe und Ratschläge für China gehe, seien die Chinesen - "people with a lot of pride" - eher geneigt zuzuhören, wenn diese auf gleichberechtigter und respektvoller Basis gegeben würden. Die gleiche Basis sei für echte Kooperation erforderlich. Der in der Diskussion geäußerten Ansicht, daß es fatal sei, daß in China alle es betreffenden internationalen Vorgänge als Teil einer "antichinesischen Verschwörung" interpretiert würden, stimmte Jia durchaus zu, sah darin aber eher eine Bestätigung seiner Aussage: Eine "policy of coercion" spiele den Nationalisten nur in die Hände. Erfolgversprechender sei eine Politik der Kontakte.

In ihren Schlußworten zeigten sich die Veranstalter Christoph Müller-Hofstede vom Ost-West-Kolleg und Rüdiger Sielaff von der Friedrich-Ebert-Stiftung trotz der großen Divergenz in den Analysen und strategischen Vorstellungen mit der Tagung zufrieden. Sie habe dazu beigetragen, das internationale Netz wechselseitiger Kontakte enger zu knüpfen.

Günter Schucher

### **"Hongkong und China auf dem Weg in das Pazifische Jahrhundert"**

Rostock, 24.-25. April 1997

Aktueller Anlaß für die Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Bildungswerk Rostock), des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, der Dr. Meyer-Struckmann-Stiftungsprofessur (Universität Rostock) und des Instituts für Asienkunde (Hamburg) war die bevorstehende Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China am 1. Juli 1997. Das historische Ereignis des Souveränitätswechsels bedeutet nicht nur einen weiteren Abschied von der einstigen Weltgeltung europäischer Kolonialmächte, sondern verändert vor allem die politisch-ökonomischen Koordinaten in Asien. Die

geballte Wirtschaftskraft und die zunehmenden Großmachtansprüche Chinas schaffen politische Unsicherheiten in Ost-, Südost- und Südasiens. Eine Bestandsaufnahme der Situation sowie die Entwicklung von Zukunftsprojektionen erschien deshalb mehr als geboten.

Zwei Vertreter der Hongkonger Regierung, 12 Wissenschaftler und ein Journalist konnten als Referenten gewonnen werden. Der Teilnehmerkreis (rund 100 Personen) setzte sich vornehmlich aus Sinologen verschiedener deutscher Universitäten, Wirtschaftsexperten mit China-Bezug, Unternehmensberatern, Vertretern von Großbanken und Großunternehmen, Regierungsbeamten und Journalisten aus den alten und neuen Bundesländern zusammen. Eröffnet und geschlossen wurde die Tagung von den Veranstaltern Dr. Bert Becker (Konrad-Adenauer-Stiftung Rostock), Prof. Dr. Jürgen Rüland (Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften), Prof. Dr. Guido Eilenberger (Dr. Meyer-Struckmann-Stiftungsprofessur) und Dr. Werner Draguhn (Institut für Asienkunde), die kurze Gruß- und Dankesadressen ausbrachten. Am Abend des 24. April fand auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (Rostock) ein Empfang mit dem Rektor der Universität Rostock Prof. Dr. Gerhard Maess, dem Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock Prof. Dr. Nikolaus Werz und dem Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Jürgen Seidel (CDU) statt. Dabei wiesen die Redner auf historische und aktuelle Bezüge zwischen Asien und Mecklenburg-Vorpommern hin, wobei in der Gegenwart sicherlich dem universitären Austausch, der kulturellen Selbstdarstellung einzelner asiatischer Länder und ersten kleineren Investitionen auf ökonomischem Gebiet die meiste Bedeutung zukommt.

14 Vorträge der Fachtagung fanden in drei thematischen Blöcken statt: "Hongkong und der 1. Juli 1997", "China vor der Jahrtausendwende" und "Chinas Nachbarn: Wahrnehmungen in der Region". Im ersten Themenblock referierte Daniel R. Fung (Solicitor General of Hong Kong) über "Hong Kong: China' Guide to the Twenty First Century: The Sherpa Paradigm". Dabei stellte er Hongkong als eine natürliche Schnittstelle zwischen China und der internationalen Gemeinschaft dar, die interkulturelle Kooperation ermöglichen und von ihrem zeitlichen Vorsprung gegenüber anderen chinesischen Metropolen auch zukünftig profitieren werde. Gegenüber China werde Hongkong in vielerlei Hinsicht die Rolle eines Sherpa bzw. eines Mentors einnehmen, wobei der Übertragung des Common Law aus Hongkong eine besondere Modellfunktion zukomme. Auf die Frage nach den Perspektiven der Menschenrechte in Hongkong verwies Fung auf den laufenden Konsultations- und Diskussionsprozeß zwischen Großbritannien, der Hongkonger Regierung und China, der noch nicht abgeschlossen sei. Peter Y Lo (Special Representative of Hong Kong to the European Communities, Brüssel) referierte über die wirtschaftlichen Implikationen des Souveränitätswechsels. So entwickle sich zwischen Hongkong, China und Taiwan eine Dreieckspartnerschaft, wobei dem zukünftigen Hongkonger Modell mit der Formel "Ein Land, zwei Systeme" eine hohe politische Funktion hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Taiwans mit dem chinesischen Festland zukomme. Kritisch diskutiert wurde die Frage der anhaltenden Emigration und Re-immigration von Hongkongern vor und nach dem 1.7.1997. Dr. Sebastian Heilmann (Institut für Asienkunde) hob hervor, daß wegen der fehlenden

Differenzierung zwischen Politik und Wirtschaft in der VR China zwar die ökonomische Erfolgsstory Hongkongs in Zukunft weitergehe, die "Sonderverwaltungsregion" aber politisch nur nominell autonom sein werde: Schon heute seien "Schattenstrukturen" Chinas überall in Hongkong vorhanden. Mit Blick auf China warnte er nachdrücklich vor einer Unterschätzung des Landes und plädierte dafür, Widersprüche in China "nebeneinander zu denken", um die Realität richtig zu erfassen. Möglicherweise könne China der größte föderale Staat der Welt werden. Prof. Dr. Guido Eilenberger (Universität Rostock) vertrat in seinem Vortrag über "Hongkong als Finanzdrehscheibe Asiens" die Auffassung, daß die Machtübergabe am 1.7.1997 die gegebenen Wettbewerbskonstellationen in Südostasien nicht grundlegend ändern werde: Hongkong behalte eine Sonderstellung als "Einfallstor" nach China, verfüge über eine ausgezeichnete finanztechnische Infrastruktur und bestes Know-how und werde auch zukünftig ein selbständiges Mitglied in knapp 30 internationalen Organisationen bleiben. Dr. Bert Becker (Konrad-Adenauer-Stiftung) schilderte die Entwicklung und die Perspektiven des Demokratisierungsprozesses in Hongkong seit Beginn der 1980er Jahre und konstatierte für die Zeit seit 1995 eine Marginalisierung der politischen Strukturen Hongkongs bei gleichzeitigem Aufbau eines "Schattensystems" durch China. Der fast alles entscheidende China-Faktor habe Hongkong zu einem Sonderfall der Dekolonisation und Demokratisierung gemacht: Zukünftig werde Hongkong politisch nicht weiter "verwestlichen", sondern eher autoritären Systemen wie Singapur, Taiwan oder Südkorea gleichen.<sup>1</sup>

Im zweiten Themenblock nannte Prof. Dr. Joachim Glaubitz (Universität München) als zentrale Faktoren der chinesischen Außenpolitik Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung. Chinas außenpolitisches Verhalten bleibe noch stark vom verletzten Nationalstolz geprägt. Auch zukünftig werde China ein unbequemes Mitglied der internationalen Gemeinschaft sein und nach Wirtschaftsmacht mit angemessener militärischer Stärke streben. Gegenüber dem geteilten Korea sei China an Frieden und Wiedervereinigung interessiert, solange eine chinesische Dominanz akzeptiert werde: Langfristig gehe China aber von einem Gesamtkorea aus. Prof. Dr. Monika Schädler (FH Bremen) thematisierte die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven Chinas und nannte dafür interne Bestimmungsfaktoren sowie mögliche Szenarien. Die externe Wirtschaftseinbindung werde sich positiv fortsetzen, China sei auf ausländische Investoren angewiesen und auch das Ausland müsse offen bleiben für chinesische Ausfuhrer. Prof. Dr. Per Fischer (Universität Mainz) analysierte die innenpolitischen Entwicklungstrends und konstatierte Unmut und Unzufriedenheit in weiten Teilen der chinesischen Bevölkerung: Deutliche Folge davon sei die Entstehung zahlreicher kleiner Vereine, die jedoch nicht in offener Opposition zur Partei stünden. Heute gebe es große ökonomische Freiheiten und eine begrenzte gesellschaftliche Freiheit in China.

Im dritten Themenblock sprach Dr. Kay Möller (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) über das Verhältnis Taiwan-China und stellte fest, daß keine Seite momentan die Kraft zu einer Wiedervereinigung habe. Taiwan verstehe China heute

---

1 Vgl. den Beitrag von B. Becker in diesem Heft.

mehr als eine Zivilisation als einen Staat und mache die Wiedervereinigung von Chinas politischer Öffnung abhängig. Prof. Dr. Jürgen Rüländ (Universität Rostock) stellte die zwei Wahrnehmungsmuster Chinas in der ASEAN-Region vor: Zum einen Hegemonialmacht und Sicherheitsbedrohung, zum anderen keine Sicherheitsbedrohung. Die China-Politik der ASEAN sei deshalb zweigleisig und bestehe sowohl aus Einbindung als auch aus Gleichgewichtspolitik und Containment, wobei von Land zu Land differenziert werden müsse. Für die Zukunft sei keine militärische Auseinandersetzung zu erwarten, kleinere Konflikte dagegen wohl. Prof. Dr. Manfred Pohl (Universität Hamburg) stellte vier verschiedene Ebenen der Wahrnehmung Chinas durch Japan vor: Wirtschaft, Medien, Intellektuelle, Politik. China sei der Auslöser für die japanische Rückkehr nach Asien, zukünftig werde es zwischen beiden Ländern eine konkurrierende Ko-Existenz geben. Japan sei nicht autonom, sondern empfindlich gegenüber chinesischem Druck: China bilde das größte Sicherheitsrisiko für Japan, seine Taiwan-Politik bleibe deshalb auch eng an den USA orientiert. Dr. Xue Gu (Universität Freiburg/Br.) stellte eine erstaunliche Intensivierung des Verhältnisses Rußland-China fest. Die Beziehungen, so gut wie seit langem nicht mehr, seien trotzdem nicht frei von Konflikten und Mißtrauen. Konfliktpotentiale lägen in Grenzfragen, dem Zustrom von Chinesen in die fernöstlichen Gebiete und der neuralgischen Furcht der Russen vor der "gelben Gefahr". Ein verstärkter politischer Dialog und vermehrte gesellschaftliche Kontakte böten hier positive Perspektiven. Dr. Christian Wagner (Universität Rostock) benannte drei Phasen im wechselvollen Verhältnis Indien-China: Die gegenwärtige Phase sei von einer Wiedernäherung und Normalisierung geprägt, in der neue Gemeinsamkeiten entdeckt werden und alte Probleme virulent blieben. Zu den Gemeinsamkeiten gehörten westliche Sanktionen und der muslimische Extremismus, zu den alten Problemen die sino-pakistanische Rüstungskooperation und die Beziehungen China-Myanmar. Dr. Werner Pfennig (Freie Universität Berlin) referierte über das Verhältnis zwischen Deutschland und "Greater China". Der Begriff "Großchina" meine keinen Nationalstaat, sondern sei eine ökonomische und ethnisch-kulturelle Bezeichnung für ein "Netzwerk unterschiedlicher Maschengröße". Obwohl auch zukünftig der Schwerpunkt der Außenpolitiken Deutschlands und Chinas in der jeweiligen Region liege, werde sich das bilaterale Verhältnis weiter stark entwickeln. Dr. Hans W. Vahlefeld (Hamburg) zog in seinem Abschlußvortrag "Hongkong und China im Wandel" eine Bilanz und warnte dabei eindringlich vor einer Unterschätzung Japans als Großmacht in der ostasiatischen Region. Bei der Fixierung auf China dürfe Japan nicht aus den Augen verloren werden: Überraschungen seien hier zu erwarten. Hinsichtlich Hongkongs plädierte er für ein aufmerksames Beobachten der dortigen Vorgänge nach dem 1.7.1997, warnte vor Menschenrechtsverletzungen und prognostizierte eine "Hongkongisierung Chinas". Beim Thema Menschenrechte in China wandte er sich gegen einen westlichen Dogmatismus von Personen, die Ostasien nicht kennen: Die Zeit der religiösen als auch der politischen Missionare sei jedoch vorbei, eine Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten nicht zulässig. Dieses Argument wurde anschließend im Plenum kritisch diskutiert.

Insgesamt gesehen boten die Vorträge der Fachtagung einen faszinierenden Einblick in die aktuelle Situation der asiatisch-pazifischen Region am Ende des 20. Jahrhun-

derts. Die Breite und Fülle der verschiedenen Blickwinkel ermöglichte differenzierte Antworten auf die vielen Fragen, die heute an Hongkong und China gestellt werden. Die Veranstalter vereinbarten, die Vorträge im Rahmen eines Sammelbandes der Öffentlichkeit vorzulegen. Das vom Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock redaktionell besorgte Werk erscheint beim Institut für Asienkunde (Hamburg).

Bert Becker

### Theorie und Praxis der Menschenrechte in Ostasien

Heidelberg, 23. - 24. Mai 1997

Am 23. und 24. Mai fand die vierte und vorläufig letzte Tagung des interdisziplinären Forschungsprojektes über die Universalität und Partikularität der Menschenrechte am Beispiel Ostasiens in der FEST/Institut für Interdisziplinäre Forschung in Heidelberg statt. Auf dem Programm standen diesmal zwei Vorträge zur philosophischen Behandlung des Themas sowie ein ideengeschichtlicher und ein aktuell-politischer Beitrag.

Zunächst referierte Gunter Schubert (Heidelberg) zum Thema "Die Menschenrechte zwischen universalem Anspruch und partikularer Realität - Zum Stand der Debatte mit einem besonderen Blick auf Ostasien". Schubert ging zunächst auf die Kritik am westlichen Menschenrechtsuniversalismus aus der Sicht dreier unterschiedlicher Positionen ein, nämlich des *ethischen Partikularismus*, des *politischen Realismus* und des *kulturellen Kontextualismus*. Alle drei Einwände können heute als widerlegt gelten. Danach stellte der Referent einige paradigmatische westliche Ansätze vor, mit denen das Problem der Vermittlung zwischen Universalität und Partikularität angegangen wird. Im einzelnen ging es dabei um die Problematisierung der traditionellen Kultur, nachgezeichnet am chinesischen Beispiel durch die Positionen von Rolf Trauzettel und Heiner Roetz; um die Erforschung sog. kultureller Invarianten bzw. anthropologischer Universalien, erörtert am Beispiel der Arbeiten von Gregor Paul und Jörn Rüsen; um die Analyse sog. *dialogoffener* Ansätze mit unterschiedlichen normativen Fundamenten (Otfried Höffe, Heiner Bielefeld, Hans-Richard Reuter) sowie um gerechtigkeitstheoretische Überlegungen im Rahmen des Völkerrechts von John Rawls. Abschließend unterzog Schubert die rechtsformalistische Position Harro v. Sengers, die dieser seit einigen Jahren in seinen Veröffentlichungen zur chinesischen Haltung in der Menschenrechtsfrage besonders akzentuiert, einer Kritik.

Gregor Paul (Karlsruhe) bemühte sich in seinem Vortrag "Zur Operationalisierung interkulturellen Verstehens", Einwände gegen die universale Geltung der Menschenrechte aus der kulturrelativistischen Ecke mit dem Nachweis der Universalität logischer Prinzipien zu widerlegen. Diese gelten überall und unabhängig von den kulturellen Prägungen einer Gesellschaft. Schon dieses Faktum rechtfertige es, von der Möglichkeit eines interkulturellen Dialogs über die Menschenrechte zu sprechen. Die z.B. in den klassischen konfuzianischen Schriften nachweisbare Traditionskritik verstärke diese Möglichkeit noch, ebenso die in der alten chinesischen Literatur und